

Schweden

Rutger Lindahl / Daniel Naurin

Die schwedische Vier-Parteien-Regierung aus Moderaten, Liberalen, Zentrum und Christdemokraten trat Ende 2008 die zweite Hälfte ihrer Amtsperiode an. Die vergangenen zwei Jahre waren geprägt von reger Regierungstätigkeit zur Erfüllung möglichst vieler Wahlkampfversprechen. Im Zuge dieser Aktivitäten wurden neue administrative und ökonomische Anreize geschaffen, die für Unternehmensgründungen und mehr Beschäftigung sowohl im Industrie- wie im Dienstleistungssektor sorgen sollten. Zusätzlich wurden Verwaltungsreformen im Schul-, Verteidigungs- und Sozialbereich in Angriff genommen. Dies alles hat der Regierung Lob, aber auch scharfe Kritik eingebracht.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Oppositionsparteien der Sozialdemokraten, Grünen und Linken zusammengenommen einen Vorsprung von zehn Prozent gegenüber der Vier-Parteien-Koalition haben. Offensichtlich ist es der Regierung nicht gelungen, die schwedische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Umsetzung ihres strategischen Programms sich zum Wohl der schwedischen Bürger und der weltweiten ökonomischen, politischen und sozialen Lage auswirken wird. Bis jetzt war aber auch die Opposition nicht koordiniert genug, um den Wählern ein konkretes Alternativprogramm vorzulegen. Intern hatte die Regierungskoalition in einer Reihe von Fällen mit Entscheidungsschwierigkeiten zu kämpfen. Einige davon betrafen EU-Themen. Generell war die Regierung bei der Mehrheit der für die EU relevanten Fragen einer Meinung und konnte auch meistens auf die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei zählen.

Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 und auf die nationalen Wahlen 2010

Alle Parteien sind sich sehr bewusst, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament nur noch ein knappes Jahr entfernt sind und die nächsten nationalen Wahlen 2010 abgehalten werden. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die allgemeine Stimmung sich zugunsten der EU-Mitgliedschaft stetig verbessert. Ende 2007 waren etwa 50 Prozent der Schweden für die EU-Mitgliedschaft, während 25 Prozent sie weiter ablehnten. Das bedeutet, dass der Widerstand gegenüber der EU in den letzten zehn Jahren um fast 25 Prozentpunkte nachgelassen hat. Die Unterstützung des Austauschs der schwedischen Krone gegen den Euro erreichte dagegen im Frühjahr 2008 einen nie da gewesenen Tiefstand: Nur 29 Prozent der Befragten waren für den Euro.¹

Auch wenn alle Parteien in der einen oder anderen Frage Einwände gegen die Politik der EU hegen, haben doch nur die Linken und die Grünen die Forderung nach einem schwedischen Austritt in ihrem Parteiprogramm stehen. Diese Tatsache hat, zumindest nach dem Dafürhalten der Sozialdemokraten, eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Parteien und der Sozialdemokratie hinsichtlich einer eventuellen Ausarbeitung

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

1 www.scb.se/templates/tableOrChart_27403.asp.

einer gemeinsamen Wahlkampfstrategie und einer konkreten Regierungsalternative verhindert. Die Grünen sehen darin jedoch nur eine „Entschuldigung“ für die Sozialdemokraten, sich nicht mit dieser Option auseinandersetzen zu müssen, während sich die Linke über eine mögliche Beteiligung an einer rot-grünen Regierung ausschweigt.

Im Frühjahr hielten sowohl die Grünen wie die Linken einen Parteitag ab. EU-Fragen spielten auf dem Parteitag der Grünen eine größere Rolle als bei den Linken. Der Hauptgrund lag in der Dominanz der Debatte auf dem Parteitag der Grünen über die Beibehaltung der Austrittsforderung im Parteiprogramm. Die Debatte wurde angefacht durch die Erklärung von einem der beiden Sprecher der Partei, Maria Wetterstrand. Sie sprach sich für die Streichung der Forderung nach Austritt im Programm und den Verbleib Schwedens in der EU aus. Ihrer Meinung nach wird sich die EU in der Zukunft als noch stärkere Kraft im Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel erweisen.² Einer der Gründer der Partei, der frühere Europaabgeordnete Per Garthou, unterstützte diese Haltung, der sich auch der zweite Sprecher Peter Eriksson anschloss. Diese Frage wurde dem Parteitag im April vorgelegt. Nach einer Debatte, die die tiefe Spaltung offenbarte, die die Partei in dieser Frage trennt, wurde beschlossen, der Parteibasis die Frage zur Abstimmung vorzulegen, ob der schwedische Austritt aus der EU eine zentrale Forderung des Parteiprogramms bleiben sollte oder nicht. Das Referendum dazu soll im Frühherbst organisiert werden. Politische Analysten sehen die eher positive Position zur EU innerhalb der Grünen Partei als Anpassung an den Wandel in ihrer Anhängerschaft. Ihre Unterstützung für die schwedische EU-Mitgliedschaft hat sich in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gesteigert und hat Ende 2007 fast 50 Prozent erreicht.³ Einer der Hauptgründe für diesen Gesinnungswandel sind Hoffnungen, die EU werde im Bereich des Umweltschutzes eine entscheidende Rolle spielen können. Der Positionswandel wird auch als eine Verbesserung der Chancen auf eine grüne Regierungsbeteiligung in einer Koalition mit den Sozialdemokraten gesehen.

Die Linkspartei hielt ihren Parteitag etwas später im Frühjahr 2008 ab. Der Parteivorsitzende Lars Ohly hatte zuvor zu erkennen gegeben, dass der EU-Austritt in den kommenden Jahren auf der Prioritätenliste nach hinten rücken werde. Die Haltung hinsichtlich der EU und der schwedischen Mitgliedschaft solle nicht ein mögliches Regierungsbündnis mit der Sozialdemokratischen Partei gefährden. Weiterhin wurde aber unterstrichen, dass die Linkspartei auch zukünftig die EU-kritischste Partei bleiben solle und dass sie den wirtschaftlichen und politischen Machttransfer zu den Institutionen der EU bekämpfen werde. Das schließt die Absicht ein, den Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon zu stoppen und ein Referendum auch in Schweden zu dieser Frage zu fordern.⁴

Die Juniliste erzielte bei den Europawahlen 2004 einen großen Erfolg. Sie wurde mit 14,5 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft und erhielt drei der neunzehn schwedischen Sitze. Die Partei war extra für die Wahlen zum Europäischen Parlament gegründet worden. Die Plattform sprach sich nicht für einen Austritt aus, agitierte aber scharf gegen jeden Machttransfer nach Brüssel und gegen einen schwedischen Beitritt zur Eurozone. Bei den Wahlen zum schwedischen Parlament 2006 erhielt die Plattform nur 0,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Frühjahr 2008 kündigte der altgediente Parteivorsitzende Nils Lund-

2 http://mp.se/templates/Mct_78.aspx?avdnr=12329&number=145812.

3 www.scb.se/templates/tableOrChart_27403.asp.

4 www.vansterpartiet.se/kongress2008/.

gren seinen baldigen Rückzug an. Einer der beiden neuen Sprecher, die beim Parteitag im Juli 2008 gewählt werden sollen, ist der frühere Europaabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Sören Wibe, der seit langem für seine EU-kritische Haltung bekannt ist und deswegen oft mit der sozialdemokratischen Führung über Kreuz lag.⁵ Politische Kommentatoren stimmen darin überein, dass es der Juniliste in den kommenden Europawahlen nicht gelingen wird, an ihre Erfolge von 2004 anzuknüpfen. Doch die Partei könnte eine Alternative für diejenigen Wähler werden, die in der Europapolitik die Mehrheitsposition ihrer ansonsten präferierten Partei nicht teilen, was bei niedriger Wahlbeteiligung besonderes Gewicht bekommen könnte.

Der Fall Laval

Ein EU-Thema, das im letzten Jahr eine breite und intensive Debatte ausgelöst hat, ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall Laval (C-341/05 Laval un Partneri Ltd.). 2004 hat die lettische Baufirma Laval un Partneri Ltd. Arbeiter in Stockholms Vorort Vaxholm zur Renovierung und Erweiterung eines örtlichen Schulgebäudes eingesetzt. Die Arbeiten wurden im Auftrag der L&P Baltic Bygg AB ausgeführt. Die schwedische Bauarbeitergewerkschaft (Byggnads) wollte, dass die lettische Firma sich für diesen Fall dem existierenden Tarifvertrag für den schwedischen Bausektor anschließt. L&P Baltic Bygg AB weigerte sich aber und berief sich auf einen Abschluss mit der lettischen Bauarbeitergewerkschaft. Da die lettischen Löhne unter dem von der schwedischen Gewerkschaft akzeptierten Minimum liegen, organisierte die Bauarbeitergewerkschaft eine Blockade der Baustelle von L&P Baltic Bygg AB. Die Arbeiten am Schulgebäude kamen ins Stocken und schließlich musste die Firma Konkurs anmelden.

Laval un Partneri Ltd. wollte die Gesetzmäßigkeit des Vorgehens der schwedischen Bauarbeitergewerkschaft gerichtlich überprüfen lassen und rief deswegen das schwedische Arbeitsgericht an, das sich seinerseits an den Europäischen Gerichtshof wandte, um feststellen zu lassen, ob das EG-Recht gewerkschaftliche Arbeitskämpfmaßnahmen dieser Art zulässt.

Im Dezember 2007 gab der EuGH seine Entscheidung im Fall Laval bekannt. Der Gerichtshof bezog sich in seiner Urteilsbegründung auf Artikel 49 EG-Vertrag und die Richtlinie 96/71 zur Arbeitnehmerentsendung. Der Gerichtshof stellte fest, dass das Recht auf Arbeitskämpfmaßnahmen zu den Grundrechten gehört, die Aktionen der schwedischen Bauarbeitergewerkschaft aber überzogen gewesen seien und eine Einschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs in der EU darstellen würden. Das EuGH-Urteil stieß eine heftige Debatte an, in der die schwedischen Gewerkschaften es als positiv bewerteten, dass das Gemeinschaftsrecht im Streikrecht ein Grundrecht sieht. Doch sie gaben ebenfalls ihrer großen Enttäuschung Ausdruck, da durch das Urteil der traditionelle kollektive Tarifvertrag mit seiner entscheidenden Rolle im schwedischen Sozialmodell bedroht wird. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbands Vanja Lunby Wedin kritisierte das Urteil scharf und meinte, dass sich die Juristen in Luxemburg nicht in die Organisation des schwedischen Arbeitsmarkts einmischen dürften – „Das entscheiden wir!“⁶ Die Debatte konzentrierte sich auf eine Gesetzgebung zu Mindestlöhnen, das Risiko des Lohndumpings und eine Einschränkung der traditionellen schwedischen Tarifverhandlungen.⁷ Der schwe-

5 www.sr.se/cgi-bin/ekot/artikel.asp?Artikel=2094679.

6 www.dn.se/DNet/road/Classic/article/0/jsp/print.jsp?&a=734055.

dische Arbeitgeberverband begrüßte das Urteil grundsätzlich und führte aus, dass der Verband davon ausgeht, dass das Gleichgewicht auf dem schwedischen Arbeitsmarkt auch in Zukunft dank konstruktiver Verhandlungen unter den wichtigsten Partnern gewahrt bleibt.⁸

Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Linkspartei und des Gewerkschaftsdachverbands schlugen vor, dass Schweden die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon solange aussetzen sollte, bis die Überprüfung der schwedischen Gesetzeslage, besonders bezüglich des Arbeitsmarkts, zu Ergebnissen geführt hätte. Laut aktueller Planung soll die Parlamentsabstimmung zur Ratifizierung des Vertrags von Lissabon Ende November 2008 stattfinden, der Bericht der Regierung soll jedoch erst zum 15. Dezember 2008 vorliegen. Politische Analysten sehen das wachsende Risiko eines Streits innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und zwischen den Parteien und dem Gewerkschaftsdachverband, den diese Frage auslösen könnte.⁹

Die Debatte über den Vertrag von Lissabon

Bis zu den Ergebnissen des irischen Referendums erreichte die Diskussion über den Inhalt des Vertrags von Lissabon nur selten eine Brisanz, die dazu geeignet gewesen wäre, einen Auslöser für eine Debatte in einer breiteren Öffentlichkeit abzugeben. Die Medien hatten sich auf die vorgeschlagenen institutionellen Veränderungen (wie etwa den EU-Präsidenten oder einen EU-Außenminister) und den Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheitsabstimmung in manchen Bereichen konzentriert. Die Forderung nach einer Volksabstimmung wurde zwar erhoben, doch die Mehrheit für eine Entscheidung des Parlaments schien zumindest im Parlament gesichert. Die schwedische EU-Ministerin Cecilia Malmström (Liberales Partei) hatte sich für eine Parlamentsabstimmung ausgesprochen, da sich die Thematik nicht für ein Referendum eignen würde und das schwedische System der repräsentativen Demokratie bestens dazu geeignet sei, solche Entscheidungen zu treffen. Befürworter eines Referendums argumentierten hingegen, dass dem Reichstag die Legitimität in dieser Frage fehle, da EU-Angelegenheiten selten bei Wahlkämpfen diskutiert würden.

Im Moment gibt es im Parlament eine stabile Mehrheit für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Doch die EuGH-Entscheidung in der Sache Laval und das Ergebnis des irischen Referendums haben eine kritischere Debatte über die Zukunft der Zusammenarbeit in der EU eröffnet. Die Sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage eine Schlüsselstellung inne, denn die Regierungskoalition ist klar für den Vertrag, während ihn die Grüne Partei und die Linkspartei ebenso klar ablehnen. Normalerweise wären die Sozialdemokraten für die Ratifizierung, doch das Laval-Urteil hat hochrangige Sozialdemokraten dazu veranlasst, in einer bisher nicht bekannten Weise über die EU zu sprechen.

Schweden in der Nördlichen Battlegroup

Für viele Schweden gilt die traditionelle Politik militärischer Bündnisfreiheit weiterhin als Eckstein der schwedischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das zeigt sich beispielsweise in Meinungsumfragen, bei denen sich nur 20 Prozent für eine schwedische NATO-Mitgliedschaft aussprechen. Mit Ausnahme der Liberalen Partei hat sich keine

7 www.etuc.org/a/4401; Dagens Nyheter, 18.01.2008.

8 www.svensktnaringsliv.se/english/news/article51401.ece?service=print.

9 Ebd.

politische Organisation von Bedeutung für eine Änderung der Politik in diesem Feld ausgesprochen. Das Ende des Kalten Kriegs hat jedoch zu dramatischen Umbrüchen geführt. Schweden wurde Mitglied der EU. Die schwedische Landesverteidigung wurde tiefgreifenden Veränderungen unterworfen, wobei der Verteidigungshaushalt reduziert wurde. In der aktuellen Situation kam es zu gelegentlich hitzigen Debatten, da verbesserten Kapazitäten für internationales Krisenmanagement und Friedensmissionen gegenüber der traditionellen, territorialen Landesverteidigung Priorität eingeräumt wurde.

Die Entscheidung, die Verantwortung der Führungsnation in einer der EU-Battlegroups zu übernehmen, wurde gegen eine eher schwache Opposition getroffen. Nur die Linkspartei lehnt eine schwedische Beteiligung an EU-Aktivitäten dieser Art ab, da darin der Militarisierung der EU Vorschub geleistet würde.¹⁰ Die meisten Schweden tendieren jedoch augenscheinlich dazu, diese Art des internationalen Engagements als Gegenstück zu den hochgeschätzten UN-Friedensmissionen zu sehen, in denen Schweden seit den 1950er Jahren eine zentrale Rolle spielt. Ein substantielles Defizit im Verteidigungshaushalt zog das mediale, aber auch das öffentliche Interesse auf sich und stieß eine Debatte an, zu welchem Zweck Mittel des Verteidigungsbudgets eingesetzt werden und welche politischen und militärischen Gründe dafür angegeben werden.

Gegenwärtig sind schwedische Truppen in Afghanistan und im Tschad im Einsatz. Im Frühjahr 2008 wurden von Schweden als Führungsnation für die EU-Battlegroup 2.300 Mann abgestellt. Zur Battlegroup gehören Kräfte aus Finnland (200 Mann), Norwegen (150 Mann), Irland (80 Mann) und Estland (50 Mann). Die Truppen kamen jedoch bis zum planmäßigen Ende ihrer Bereitschaftsperiode am 30. Juni 2008 nicht zum Einsatz in einem Krisengebiet.¹¹ Die nächste Bereitschaftsperiode für die Nördliche Battlegroup beginnt voraussichtlich 2011.

Anfang Juni 2008 legte die Verteidigungskommission einen Bericht zur Zukunft des schwedischen Verteidigungssystems vor, der in den Medien breit kommentiert wurde. Der Grundgedanke liegt in der Aufstellung flexibler Verteidigungskräfte, die sowohl zuhause wie im Ausland zum Einsatz gebracht werden können. Grundziel der schwedischen Verteidigungspolitik ist es demnach, Konflikte und Kriege zu verhindern bzw. auf sie einwirken zu können, Schwedens Souveränität zu verteidigen und das Funktionieren der schwedischen Gesellschaft zu sichern. Der Bericht visiert eine vertiefte Nördliche Zusammenarbeit an, nicht nur mit dem bündnisfreien Finnland, sondern auch mit Nato-Mitgliedern wie Norwegen, und ebenso eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Nato bei internationalen Operationen.¹² Der Präsentation des Berichts vorausgegangen war im Frühjahr 2008 eine Debatte über mögliche Differenzen zwischen dem Generalstab der schwedischen Streitkräfte und den Politikern der Verteidigungskommission hinsichtlich der Bewertung möglicher Bedrohungen der schwedischen Sicherheit. Das Militär gab Bedrohungsszenarien mehr Gewicht, die von der Verteidigungskommission heruntergespielt wurden.¹³

10 www.vansterpartiet.se.

11 www.mil.se/article.php?c=art&id=12793&do=print.

12 www.sweden.gov.se/sb/d/2060/m/header; www.regeringen.se/sb/d/10206/a/107277.

13 Dagens Nyheter, 23.05.2008.

Die schwedische EU-Präsidentschaft 2009

Zusammen mit Frankreich und der Tschechischen Republik wird Schweden die Präsidentschaftstroika 2008-2009 bilden. Im November 2007 erklärte die schwedische Regierung, dass sie sich in ihrem Präsidentschaftshalbjahr auf fünf Prioritäten konzentrieren werde. Am wichtigsten sei die Politik der EU zum Klimawandel. Die Verhandlungen zum Nachfolgeabkommen von Kyoto werden während der schwedischen Präsidentschaft in ihre kritische Phase eintreten. Zusätzlich hat die schwedische Präsidentschaft die bestehenden und geplanten Strategien für Wachstum und Beschäftigung, grenzüberschreitende Kriminalität (insbesondere Menschen- und Drogenhandel, Geldwäsche und Terrorismus), Umweltschutz in der Ostsee und die EU-Nachbarschaftspolitik zu ihren Prioritäten erklärt.¹⁴

Zwei weitere Themen gehören ebenfalls zu den zentralen Fragen der schwedischen Regierung: der Türkeibeitritt und der EU-Haushalt. Schweden gehört zu den stärksten Unterstützern eines türkischen EU-Beitritts. Obwohl eingeräumt wird, dass noch viel hinsichtlich Menschenrechte, Redefreiheit und Minderheitenschutz getan werden müsse, vertritt die Regierung die Linie, dass die Türkei wichtige Reformen durchgeführt habe und als Mitglied der EU willkommen geheißen werden sollte. Die Osterweiterung wird als eine der wichtigsten Erfolgsgeschichten der EU gesehen, die zu Stabilität und wirtschaftlichem wie politischem Erfolg geführt habe. Die Fortsetzung dieser Politik gegenüber der Türkei sei sowohl für die Türkei wie für Europa wichtig.

Die langfristige Haushaltsplanung der EU wird während der schwedischen Präsidentschaft überprüft werden. Die Regierung sprach sich dafür aus, grundlegende Reformen durchzuführen. Der Haushalt sollte „moderner“ werden – eine Chiffre, worunter sich der Transfer von Mitteln aus dem Bereich der Landwirtschaft und der Unterstützung des ländlichen Raums hin zu Forschung und Innovation, Infrastruktur und Abwehr grenzüberschreitender Kriminalität verbirgt. In einem Versuch, die Öffentlichkeit einzubinden, hat die Regierung eine Webseite freigeschaltet, bei der jeder in einer Modellrechnung seine Prioritäten des EU-Haushalts bestimmen kann.

Die schwedische Regierung wird sich in den nächsten Monaten noch eines besonderen Problems anzunehmen haben und zwar der Frage, wie die EU gleichzeitig auf das Funktionieren unter den Bedingungen des Vertrags von Lissabon wie des Vertrags von Nizza vorbereitet werden kann. Das wird noch manchem in der schwedischen Planungsabteilung Kopfzerbrechen bereiten.

Weiterführende Literatur

Berichte des Schwedischen Instituts für Europäische Studien, online unter www.sieps.se.

Björkdahl, Annika: Norm advocacy: A small state strategy to influence the EU, in: *Journal of European Public Policy*, 1/2008, S. 135-154.

Brummer, Klaus (Hrsg.): *The North and ESDP: The Baltic States, Denmark, Finland and Sweden*, Gütersloh 2007.

Galbreath, David: New Security Issues in Northern Europe: The Nordic and Baltic States and the ESDP, *Journal of Common Market Studies*, 3/2008, S. 716-716.

14 EU-Ministerin Cecilia Malmström in der schwedischen Tageszeitung Göteborgs-Posten vom 23.11.2007.